

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlen, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Weltpost-Konkurrenz, per Viertel für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 5-8.

Die schlagfertige Konparatabelle oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Zustellungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Straßen-Besuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4643, 4622.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf der italienischen Arbeiterklasse

Kein Noskekurs

Der Berichterstatter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Rom hatte eine Unterredung mit dem italienischen Arbeitsminister Prof. Labriola, die interessanteste Einzelheiten über den Charakter der Arbeiterkämpfe in Italien und über die Haltung der Regierung enthält. Labriola stellte zunächst fest, daß die Schuld an der Zuspitzung der Lage den Industriellen zufalle, die es ablehnten, auf Grund der Denkschrift der Arbeiter zu verhandeln, und die begonnenen Verhandlungen abbrachen. Die Stellung der Regierung zu der Befehung der Fabriken durch die Arbeiter sagte der Minister in folgende Worte zusammen: „Der Staat hat nur ein Interesse daran, daß die Sicherheit der Straße gewahrt bleibt, und bis jetzt ist auch diese öffentliche Sicherheit nicht gefährdet worden, wenigstens nicht in einem solchen Umfang, daß der Staat hätte eingreifen müssen. Die Befehung der Fabriken ist juristisch als eine Besitznahme aufzufassen, und die Industriellen können den Rechtsweg beschreiten. Sie werden sich vielleicht über diese Auffassung wundern, aber berücksichtigen Sie folgendes: wenn es sich um eine Massenbewegung handelt, sind andere Gesichtspunkte geltend, als wenn es sich um einen Einzelfall handelt. Der Totschlag ist ein verabscheuenswerthes Verbrechen, das Massenmord nennt man Krieg, und es gibt Leute, die auch diesen einschuldigen. Heute handelt es sich für Italien um eine Bewegung von Hunderttausenden organisierter Arbeiter, da kann man den Ausrufeparagraphen nicht mehr anwenden. Man muß auch die moralische Atmosphäre berücksichtigen, die Massenmordopfer, die eine Folge des Krieges ist. Zudem sind die Arbeiter alle bewaffnet. Bei den Unruhen in Ancona wurden 40

Maschinengewehre im Besitz der Arbeiter festgestellt. Ein solches Eingreifen würde unbedingt zu Blutvergießen führen, das leicht in eine blutige Revolution ausarten könnte, und das muß unter allen Umständen vermieden werden. Kommt eine soziale Umgestaltung, so soll sie wenigstens mit dem möglichsten Minimum an Schädigung des einzelnen eintreten und kein Blutvergießen hervorrufen.“

In seinen weiteren Ausführungen betonte der Minister nochmals ausdrücklich, eine Bewegung, die die Massen erfasst und treibe, lasse sich mit Kanonen nicht bekämpfen. Diese Erklärung ist einerseits ein erfreuliches Zeichen der Einsicht des italienischen Arbeitsministers und andererseits ein Beweis der Stärke der italienischen Arbeiterbewegung, die der Regierung diese Einsicht beigebracht hat. Interessant ist auch, daß der „Vorwärts“ die Erklärungen Labriolas zwar sehr beifällig zitiert, aber dabei gar nicht merkt, daß er damit sich selbst und seine eigene Partei mit ihrem Noskekurs ohrfeigt. Denn diese Partei mit allen ihren regierenden Korrupturen war es, die anderthalb Jahre lang mit dem „Ausrufeparagraphen“ regierte und die Bewegung, die die Massen ergrieff, mit Kanonen aus der Welt zu schaffen suchte.

Günstiger Stand der Verhandlungen

DA Rom, 10. September.

Die offizielle „Tribuna“ berichtet, daß die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern einen günstigen Fortgang nehmen. Ueber die wirtschaftliche Frage soll bereits eine Einigung erzielt sein. Es muß nur noch die Formel gefunden werden, die beide Teile befriedigt. Die „Tribuna“ glaubt, daß der Konflikt am Sonnabend beigelegt sein wird.

Der Popanz der Gewerkschaftspaltung

Von Rich. Müller.

Das Mutgeheul gegen die Beschlüsse des zweiten Kongresses der 3. Internationale nimmt groteske Formen an. Die Beschlüsse werden als „bräusle Kampfanzeige“, als ein „ungeheuerliches Diktat“ bezeichnet, sie sollen von „grenzenloser Menschenverachtung“ erfüllt sein. Ihre Annahme bedeute „geistige Knechtschaft“, erzeuge ein „Heer von Heuchlern und Kriechern, von unwissenden Maulhelden und widerlichen Strebern“.

Ich halte es für überflüssig, das Unhaltbare solcher Behauptungen nachzuweisen. Ich traue jedem Parteigenossen sozialer Verstand zu, daß er aus dem klaren Wortlaut der Beschlüsse sich selbst das Urteil bilden kann. Ich glaube auch, unsere Parteigenossen erkennen die Tendenz, die sich unter solchen Behauptungen verbirgt.

Die Diskussion über die Beschlüsse des zweiten Kongresses der 3. Internationale werden geflissentlich auf ein falsches Gleis verschoben. Die großen politischen Probleme, die in den Beschlüssen eine klare, eindeutige Lösung finden, bleiben unbeachtet, während die organisatorischen Fragen als das Ausschlaggebende hingestellt werden. Welch einseitige Schlussfolgerungen dabei gezogen werden, das zeigen uns die beiden Artikel des Genossen Richard Seidel, die er über die Frage — Gewerkschaften — Räte — Partei — und die 3. Internationale in den Nr. 368 und 374 der „Freiheit“ veröffentlicht.

In der Nr. 374 bringt der Genosse Seidel sein Erstaunen über diejenigen Genossen zum Ausdruck, die bisher „in den Arbeiter- und Betriebsräten den einzigen wirksamen Hebel der Befreiung des Proletariats erkannten“, die die selbständige Räteorganisation forderten, die eben noch forderten, daß die Kollektivsammlungen der Räte bei allen wichtigen Aktionen der Arbeiterklasse die letzte Entscheidung zu fällen habe, daß ihnen, nicht der Partei noch den Gewerkschaften, die Führung im Kampfe gebühre“, und die nun auch die Räte der kommunistischen Parteiorganisation unterstellen wollen, die wiederum ein willenloses Glied des internationalen Exekutivkomitees sei. Damit würde die Selbstständigkeit der Räteorganisation in eine Abhängigkeit dritten oder vierten Grades verändert.

Der Genosse Seidel wirft hier Falsches und Nichtiges durch einander, insbesondere verdreht er vollständig die Grundzüge, die die Anhänger der selbständigen Räteorganisation in der Frage Partei — Gewerkschaften und Räte — stets vertreten haben. Ich kann mich nicht auf eine Richtigstellung dieser Behauptung beschränken, muß vielmehr die vom Genossen Seidel bekämpften Beschlüsse der 3. Internationale herübersichtigen, woraus sich auch unsere bisherige Haltung in der Rätefrage richtig beurteilen läßt.

Der Genosse Seidel verweist auf die Leitfähe über „Kommunistische Partei und proletarische Revolution“ und glaubt unter Hinweis auf These 8 nachweisen zu können, daß in Zukunft die Arbeiterräte und die Gewerkschaften unter der „Diktatur der Parteileitung“ stehen sollen. Diese Diktatur des Exekutivkomitees ist ja der Popanz geworden, mit dem unseren Parteigenossen der Eintritt in die 3. Internationale verleidet werden soll. Damit wird der Glaube erweckt, als wolle das Exekutivkomitee die Räteorganisation und die Gewerkschaften organisatorisch beherrschen, während die vom Genossen Seidel angezogene These klar sagt, daß die kommunistische Partei den lebendigen Geist bilden muß, sowohl in den Produktionsverbänden und Arbeiterräten wie auch in allen anderen Formen der proletarischen Organisation.

Dieselben Leitfähe betonen, daß die Begriffe Partei und Klasse strengstens auseinander gehalten werden müssen, da sonst große Fehler und Konfusionen entstehen können. Wir sehen jetzt, daß trotz dieser Warnung, die mir bisher als überflüssig erschien, die beiden Begriffe verwechselt werden, denn sonst könnte der Genosse Seidel nicht zu seinen oben wiedergegebenen Schlussfolgerungen kommen.

Uebrigens verlangen die angezogenen Leitfähe gar nichts Neues. Auch im Aktionsprogramm unserer Partei heißt es, daß es die geschichtliche Aufgabe der Partei sei, der Arbeiterbewegung, Inhalt, Richtung und Ziel zu geben, daß sie dem revolutionären Proletariat Führerin und Bannerträgerin in seinem Kampfe um den Sozialismus sein soll. Und in den Leitfähe der 3. Internationale heißt es, daß die kommunistische Partei den vorgeschrittensten, Klassenbewußtesten und revolutionärsten Teil der Arbeiterklasse sammelt und daß mit Hilfe des vorgeschrittensten Teiles der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg gelenkt werden soll. Ausdrücklich wird betont, daß bis zur Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse in der Uebergangszeit die kommunistische Partei geistigen und politischen Einfluß auf alle Proletarier- und Halbproletarierkreise der Bevölkerung auszuüben vermöge, aber nicht sie in ihren Reihen organisatorisch vereinigen könne. Die kommunistische Partei fordert daher von ihren Mitgliedern, daß sie in alle Organisationen des Proletariats eintreten und im

Aus der ungarischen Hölle

Politische Gefangene werden vor den Pflug gespannt

Aus Wien wird uns geschrieben:

In Ungarn ist die Prügelstrafe eingeführt worden. Vor einigen Monaten wurden sie nur für die Preistreiber und Schleihhändler beschlossen, jetzt hat die Nationalversammlung sie in einem neuen Gesetz für die politischen Verbrechen und andere Straftaten statuiert. Bei der heutigen Machtlosigkeit des ungarischen Proletariats richtet sich diese Strafe vor allem gegen die Arbeiter und gegen die Landarmut, die immer unruhiger werden und den Grund und Boden aufteilen wollen. Statt Agrarreform wird ihr nun der Stod geboten.

In der Lage der politischen Beurteilung wird dadurch keine große Aenderung herbeigeführt: bisher wurden sie illegal geschlagen, von nun an erhalten sie gesetzliche Prügel. Wie diese Kerntern behandelt werden, erhellt daraus, daß in dem Gefängnis in Szegedin die politischen Gefangenen täglich in die Gemarkung der Stadt hinausgetrieben werden, wo man sie vor den Pflug spannt und sie mit Riemenpeitschen antreibt. Aus dem Interniertenlager in Zalaegerseg erhielt Ihr Korrespondent vom 5. Juli datiert, das folgende Schreiben:

„Ueber Genosse, unsere Verpflegung ist so arg, daß derjenige, der von ihr leben muß, in zwei Monaten zugrunde geht. Vor zwei Wochen wurde 4 Tage lang statt mit Essig mit Ameisensäure gekocht, infolgedessen 500 Internierte schwer erkrankten. Genosse Molnar, der Sekretär der Landarbeitergewerkschaft, der ein sehr schwächlicher Mann war, gebraucht einem Internierten gegenüber die Ansprache „Genosse“, er wurde deswegen so entsetzlich geschlagen, daß er am 12. Juni infolge der Mißhandlungen starb.“

Deutsche Vorstellungen wegen Oberschlesien

Berlin, 10. September.

Die Reichsregierung hat bei der Friedenskonferenz in Paris, dem Heiligen Stuhl und den Kabinetten in London, Paris und Rom unter eingehender Darstellung der gefährdeten Lage in Oberschlesien erneut ernste Vorstellungen erhoben, um durchgreifende Maßnahmen zur Wiederherstellung vertrags- und gesetzmäßiger Zustände in Oberschlesien zu erwirken.

Die schwedischen Reichstagswahlen

Stockholm, 10. September.

Bisher liegen von den Reichstagswahlen die Ergebnisse für 29 Mandate von den 230 vor. Die Rechte hat 10 Mandate erhalten (2 gewonnen und 2 verloren), die Freisinnigen 5 Mandate (1 gewonnen und 2 verloren), die Sozialdemokraten 11 Mandate (1 verloren), und die Bauernorganisationen 3 Mandate (2 gewonnen).

Die englische Bergarbeiterkrise

London, 10. September.

Wie Reuters amtlich meldet, bestätigt der offizielle Bericht über die Konferenz der Regierung mit den Bergarbeitern, daß es beiden Seiten nicht gelungen ist, ein Uebereinkommen zu erzielen.

Kongress der Ostvölker

Moskau, 9. September. (Durch Funkspruch.)

In Baku fand am 2. September die erste Versammlung der Ostvölker statt. Sinowjew, Bela Kun und die Vertreter der kommunistischen Internationale des Westens nahmen an den Besprechungen teil. Zum Ehrenvorsitzenden wurde Lenin gewählt, Ehrenmitglieder waren u. a. Trotsky und Bela Kun. Der Vorsitzende der Versammlung hielt eine Rede, welche für die Sowjetmacht und Drohungen an die Adresse der Feinde der Arbeiter hervorrief.

Militärische Neuorganisation in Sowjetrußland

M. Moskau, 10. September.

Die Sowjetregierung hat das ganze europäische Rußland in 93 Militärbezirke eingeteilt. Alle Männer bis zu 50 Jahren werden zu Militärbildungen herangezogen. Die Reihen der Roten Armee werden auf 4 bis 5 Millionen Mann geschätzt.

Rußland und die Donaukonferenz

Amsterdam, 10. September.

„Telegraaf“ meldet aus London: Kamenew hat der englischen Regierung mitgeteilt, daß er von Tschitscherin eine Note erhalten hat, worin gefordert wird, daß Rußland an der Donaukonferenz teilnimmt. In der Note wird erklärt, daß die Donaufrage für Sowjetrußland und die Ukraine eine Lebensfrage bilde.

Neues Erdbeben in Italien

St. London, 10. September.

In der Gegend von Emilia ist heute, 5 Minuten nach 1/3 Uhr, ein neues heftiges Erdbeben gemeldet worden, das großen Schaden verursachte. Insbesondere sind Aspe, Dalcote, Salsana, Loano und Casala beschädigt.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung der Verordnung über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch, die auch dem volkswirtschaftlichen Ausblick des Reichstags vorliegt, zugestimmt. Der Vertreter Sachens erhob dagegen Protest, weil durch die freie Wirtschaft für Fleisch Sachen in die größte Gefahr gebracht werde. — Auf Antrag Bayerns wurde beschlossen, den Ausmaßungsgrad für das Brotgetreide vom 20. September ab auf 85 Prozent herabzusetzen.

Freistaat Fiume. „Dea Nazionale“ erhält über Triest Nachrichten aus Fiume, denen zufolge d'Annunzio den Freistaat Fiume proklamiert hat. Ursprünglich war als Gründungstag der 12. September vorgesehen.

Sinne der Partei wirken und diese Organisationen zu „Leiten“ versuchen.

Was hier die 3. Internationale von den ihr angeschlossenen Parteien fordert, ist auch nichts Neues. Solange die Arbeiterbewegung besteht, versuchen die verschiedensten politischen Parteien ihren Einfluss in den Organisationen der Arbeiterklasse geltend zu machen, nicht nur sozialistische Parteien, sondern auch bürgerliche Parteien. Wenn wir heute in der Arbeiterbewegung die Dreiteilung haben — Partei, Räte und Gewerkschaften —, die auch von der 3. Internationale ausdrücklich anerkannt wird, so sollte doch jeder einsehen, daß für die Tätigkeit in der Räteorganisation oder in der Gewerkschaft die politische Ueberzeugung maßgebend sein muß. Jeder muß versuchen, was ja nicht erst heute, sondern stets geschehen ist, die Politik und Taktik der Gewerkschaften, und jetzt auch der Räteorganisation, den Grundfäden seiner politischen Partei anzupassen, oder, wie es in der These der 3. Internationale zum Schreden vieler Gewerkschaftsführer heißt, zu „leiten“. Damit der Genosse Seidel über unsere Haltung in der Räteorganisation nicht weiter im Unklaren bleibt, will ich zum Ueberflus betonen, daß wir auch da nach diesen Grundfäden gehandelt haben.

Wie steht es nun mit den Gewerkschaften? Sie werden zumeist von Personen geleitet, die der rechtssozialistischen Partei angehören und die versuchen, deren Politik und Taktik, die formale Demokratie und die Arbeitsgemeinschaften in den Gewerkschaften praktisch zu verwirklichen. Die Gewerkschaften von diesem Geiste zu befreien, ist Aufgabe unserer Parteigenossen. Das verlangt jetzt auch die 3. Internationale, allerdings in klarer und bestimmt umschriebener Form. Die Notwendigkeit dieses Verlangens der 3. Internationale ergibt sich aus der Haltung eines Teiles derjenigen Gewerkschafter, die sich zu unserer Partei bekennen, die aber sehr starke Konzeptionen an die alte Gewerkschaftsrichtung gemacht haben, ja, die offen zur Sabotage der Parteitagbeschlüsse aufforderten, wenn sie ihnen nicht genehm erschienen. Würde unsere Partei dieses Treiben weiter dulden, dann kämen wir allerdings nicht zu jener „gleichen Gesinnung“ und jenem „gleichen Willen“, der drei Glieder der Arbeiterbewegung, die auch der Genosse Seidel für notwendig hält.

Will eine politische Partei die Führung des Proletariats übernehmen, dann muß sie ein klares, einheitlich revolutionäres Programm haben. Dann muß sie aber auch von jedem Genossen, der sich zu diesem Programm bekennt, fordern, daß er es in der Gewerkschaft oder in der Räteorganisation praktisch zu verwirklichen sucht. Eine politische Partei muß weiter alle Elemente aus ihren Reihen entfernen, die sich als grundsätzliche Gegner ihres Programms bekennen; sie muß weiter die schärfste und straffste Zentralisation durchführen unter Wahrung der demokratischen Grundzüge. Darum heißt es mit Recht in den Leitlinien der Kommunistischen Internationale:

... Die Kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus bildet die Wählbarkeit der oberen Parteizelle durch die untersten, die unbedingte und unerlässliche Verbindlichkeit aller Parteimitglieder der übergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Parteizentrums, dessen Autorität allgemein anerkannt ist für alle führenden Parteigenossen in der Zeit von einem Parteitag bis zum anderen. ...

Hier wird klar ausgesprochen, daß der Wille der Parteimitglieder oberstes Gesetz sein soll, da sie es sind, die die Delegierten zum Parteitag, der obersten Instanz, wählen. Diese Grundzüge gelten sowohl für die nationale Parteioorganisation wie für die internationale. Es ist eine Absurdität, wenn der Genosse Seidel und andere behaupten, daß die „letzte Entscheidung und das ausschlaggebende organisatorische Machtzentrum bei einem kleinen Kreis von Päpsten und Kardinalen liegt“. Ja, wenn man, wie der Genosse Seidel, die Bestrebungen der 3. Internationale auf eine Stufe stellt mit der Tätigkeit der Scharfmacher, die ihren Arbeitern das Vortragen der Wünsche wohl gestatten, aber eigenmächtig über Ablehnung oder Erfüllung entscheiden! — Diesen Genossen, die die Beschlüsse der 3. Internationale so tendenziös entstellen, erweisen der Arbeiterklasse keinen guten Dienst. Auch ist es eine Kühnheit sondergleichen, wenn der Genosse Seidel in seinem Artikel „Spaltung der Gewerkschaften“ nachzuweisen versucht, daß die 3. Internationale die Gewerkschaften spalten wolle. Gerade das Gegenteil wird erstrebt, indem das Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung und jeder künstliche Versuch der Schaffung besonderer Gewerkschaften als eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung bezeichnet wird. Auch dürfte allen Genossen zur Genüge bekannt sein, daß gerade von Moskau die schärfste Beurteilung der K. A. P. D. wegen ihrer Förderung der Betriebsorganisation und ihre auf Zerklüftung der Gewerkschaften gerichtete Tätigkeit erfolgt ist.

Unter welchen Voraussetzungen die 3. Internationale eine Spaltung der Gewerkschaften zutrifft und ob diese Förderung ihre Berechtigung hat, darüber werde ich in einem besonderen Artikel meine Meinung sagen.

Wenn unsere Parteigenossen die Beschlüsse der 3. Internationale als Ganzes objektiv prüfen, sich nicht irre führen lassen durch tendenziöse Entstellungen herausgerissener Sätze, dann werden sie sich für Anschluß an die 3. Internationale entscheiden.

Wahlbeteiligung der österreichischen Kommunisten

Nach einem Bericht der Wiener „Roten Fahne“ hat die Landkonferenz der kommunistischen Partei Österreichs, die bisher die Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen abgelehnt hatte, infolge der vom 2. Kongreß der Moskauer Internationale gegebenen Anweisungen beschlossen, daß nunmehr, da alle Beschlüsse des zweiten Kongresses der 3. Internationale und ihres Exekutivkomitees für alle der kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien absolut bindend seien, die österreichische kommunistische Partei an den Wahlen zum Parlament teilnehmen und aus revolutionärer Disziplin sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Kräften durchführen müsse.

Munitionsschmuggel in Baden?

Man schreibt uns:

In der Nacht vom Montag zum Dienstag war aus dem badischen Oberland unter der Bezeichnung „Kinderzug“ ein besonderer Eisenbahntransport durch das Land angeführt. Als das Personal dazu antrat, wurde ihm klar, daß keine Kinder in dem Zuge waren, sondern daß dieser den Eindruck eines abgeschlossenen Verlaufs machte. Die Auskunft der Behörde lautete nun, daß es sich um einen französischen Bazartransport handle. Merkwürdigerweise verriet das badische Eisenbahnpersonal in Offenburg auf die Unterjagung dieses geheimnisvollen Eisenbahnzuges, der vielleicht der Munitionsverschiebung nach Rußland diene.

Der Stand der Brotversorgung

In der Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags am Freitag erstattete zunächst der Ernährungsminister Hermes Bericht über das Ergebnis der Ernährungskonferenzen in London und Straßa. Es sei im allgemeinen zufriedenstellend und es sei zu hoffen, daß noch im Laufe dieses Monats die Regelung der Zahlung der Vorschüsse aus dem Spaabkommen durch die Reparationskommission erfolgen werde.

Der Ausschuß trat sodann in die Beratung der Getreidebewirtschaftung ein. Nach den Angaben des Ernährungsministeriums sind bis zum 9. September 480 300 Tonnen Roggen, Weizen und Gerste abgeliefert worden gegenüber 1 411 000 im Jahre 1918. Aus den übrigen Angaben ging hervor, daß das Ernährungsministerium damit rechnet, daß bis zum 1. Oktober der Reichsgetreidebestand etwa 1 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide zur Verfügung stehen werden, also trotz hoher Auslandszufuhren eine halbe Million Tonnen weniger, als für die Aufhebung der Gleichbewirtschaftung für erforderlich gehalten wird. Der Ernährungsminister mußte auch zugeben, daß der Stand unserer Getreideversorgung nicht optimistisch betrachte, trotzdem er feststellte, daß gegenüber dem Vorrat keine Annahme der Lieferungsfreudigkeit zu verzeichnen sei und gegenwärtig die Ablieferungen wieder zunehmen. Er erklärte sich ferner gegen die Erhöhung des Malzkonglents für die Brauereien, solange nicht die Sicherung der Brotversorgung erreicht sei. Dem Antrage der bürgerlichen Parteien auf Erhöhung der Preise für Hafer und Gerste und der Ausdehnung und Erhöhung der Frühbrunnsprämie könne er unter keinen Umständen zustimmen.

In der darauf einsehenden Aussprache wurde von unabhängiger Seite das Verhalten des Ministeriums zur Einfuhr der Milchkuhe von Amerika kritisiert, Eingreifen gegen die streikenden Landwirte in Königsberg verlangt und auf die dringende Notwendigkeit der Verbesserung des Brotes und Erhöhung der Nation hingewiesen. Vor allen Dingen aber wurde verlangt, daß unter keinen Umständen eine Erhöhung der Preise und Verlängerung der Frühbrunnsprämie erfolgen dürfe, aber schon die Tatsache, daß dieselben Leute jede wirkliche Hilfe für die Erwerbslosen ablehnen, zeigt für die Agrarier höhere Preise herauszuschlagen wollen, sei bezeichnend für ihren Mangel an sozialem Empfinden.

Die Beratung der Anträge soll heute zu Ende geführt werden.

Die gewissenlosen Landwirte

Das verbrecherische Treiben der Landwirte in Königsberg (Neumark), das in der agrarischen Presse wohlwollende Beurteilung gefunden hat, hat nicht, wie es sonst gegenüber Arbeitern üblich war, zu einem Eingreifen der bewaffneten Macht geführt. Mit milder Hand sind die Agrarier angefaßt worden, und es ist bei Verhandlungen, die gestern zwischen der preussischen Regierung und den Landwirten stattgefunden haben, zu dem Ergebnis gekommen, daß die Landwirte sich bereit erklärten, den Streik ab zu brechen und den Ausgang des vom Regierungsrat Fiehn wegen verlesenerlei Beleidigung anhängig gemachten Verfahrens abzuwarten.

Da die Landwirte wissen, daß diese Beendigung des von ihnen gewissenlos heraufbeschworenen Konflikts das stets ihnen gegenüber bestellte Mittel ist, so werden wir uns wohl bald vor einer Wiederholung ähnlicher Dinge in anderen Gegenden sehen. Die Staatsmacht legt sich eben nur in Bewegung gegen Angehörige der Arbeiterklasse. Sie hat anscheinend immer das Bedürfnis, zu zeigen, daß sie nur dann stark sein kann, wenn es sich um das Vorgehen gegen Bestohlene handelt, die durch die ungeheure Not zu Verweigerung getrieben werden.

Die Lehren aus diesem Vorgang werden die Massen wohl zu ziehen wissen.

Die verhinderte Milchkuhe-Einfuhr Misstrauensvotum gegen das Ernährungsministerium

Da das Ernährungsministerium sich bisher noch nicht öffentlich über die Gründe der Verhinderung der Einfuhr von einigen tausend amerikanischen Milchkuhen ausgelassen hatte, nahmen am Freitag die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie im volkswirtschaftlichen Ausschuß die Gelegenheit wahr, um an diesem Verhalten des Ministeriums heftige Kritik zu üben. Der Reichsernährungsminister Hermes erklärte, daß er die Sonderpolitik des Roten Kreuz nicht dulden könne, und daß es nicht im Interesse der deutschen Bevölkerung gelegen sei, Milchkuhe einzuführen, sondern daß unser Wunsch nach der Einfuhr von krafthaltigen Futtermitteln gehe. Sowohl die Vertreter der Unabhängigen Partei als auch die der Rechtssozialisten erklärten sich mit dieser Auskunft durchaus nicht für befriedigt, und wiesen darauf hin, daß die Entscheidung des Ministeriums nicht nur wegen des Eindrucks, den sie im Auslande hervorrufen müsse, außerordentlich zu bedauern sei, sondern auch sachlich völlig ungerechtfertigt ist. Gewiß brauchen wir krafthaltige Futtermittel, aber wenn uns amerikanische Menschenfreunde einige tausend Milchkuhe kostenlos zur Verfügung stellen, so dürften weder diese Gründe noch die Furcht der Landwirtschaft vor den Krankheiten, mit denen die Kühe eventuell behaftet sein könnten, die Zurückweisung dieser Liebesgabe rechtfertigen.

Da die Verhandlungen im Ausschuß durchaus den Eindruck hervorriefen, daß die Haltung des Ministeriums von der Furcht der Landwirte beeinflusst gewesen ist, daß die Lieferungen der Kühe eine Herabdrückung der Preise für Kühe bei uns in Deutschland hervorrufen würden, haben die Unabhängigen Vertreter folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuß kann die Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung nicht billigen, fordert vielmehr das Ministerium auf, die Einfuhr mit aller Kraft zu fördern, um die Versorgung der Säuglinge und Kranken mit Milch nach Möglichkeit sicherzustellen.

Die Haltung der bürgerlichen Parteien zu diesem Antrag ist noch zweifelhaft. Aus ihrer Entscheidung aber wird hervorgehen, ob sie den Mut haben, gegenüber den Massen ihre offensichtliche Bevorzugung agrarischer Interessen zungunsten der ausreichenden Versorgung von Kranken und Säuglingen zu dokumentieren.

Die Stellung der Frau in der Republik

Durch die neue Verfassung für die Republik ist als ausdrücklicher Grundsatz festgelegt worden, daß Männer und Frauen gleiche öffentliche Rechte und Pflichten haben. In der Praxis ist das bekanntlich anders. Sind doch die Frauen von zahlreichen Stellen in der öffentlichen Verwaltung nach wie vor ausgeschlossen. Insbesondere auch auf dem Gebiete der Justizverwaltung. Das scheint auch nicht anders werden zu sollen, wie der Reichsjustizminister auf eine entsprechende Anfrage in nachstehender Antwort jart andeutete. Sie ist unter dem 23. August 1920 erteilt und lautet:

„Die Frage, ob den Frauen der Zugang zu beamteten Stellen auf dem Gebiete der Rechtspflege und zur Rechtsanwaltschaft zu eröffnen ist, wird gegenwärtig von der Reichsjustizverwaltung im Benehmen mit den Landesregierungen geprüft. Die Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen.“

Demgegenüber ist zu bemerken, daß die Frage der Zulassung der Frauen zu staatlichen Beamtenstellungen unter allen Umständen als geklärt zu gelten hat und zwar durch die Reichsverfassung. Es ist sinnlos, in ihr den Grundlag der Gleichberechtigung von Mann und Frau festzulegen, wenn daraus nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden sollen. Freilich, trotz aller verfassungsmäßigen Deklamationen werden die Frauen unter dem kapitalistischen System lange auf die praktische Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung warten können.

Die militärische Polizei

Von Hugo Kamosja.

Nach den amtlichen Veröffentlichungen schwindet nunmehr auch die letzte Hoffnung, daß es im demokratisch-republikanischen Deutschland gelingen würde, eine bürgerliche Polizei zu schaffen. Der Militarismus sieht dem deutschen Volke so sehr in den Gliedern, er ist trotz Revolution und neuer Verfassung so sehr Gemeingut des deutschen Volkes, daß seine Macht der Erde imstande ist, das deutsche Volk von dieser fürchterlichen Geißel zu befreien. Nicht als freie Staatsbürger sollen wir uns in den Städten bewegen können, sondern viel schlimmer noch wie ehemals im alten Obrigkeitstaat wird demnächst auch gesetzlich bestimmt sein, daß Zehntausende mit den modernsten Waffensystemen bis an die Zähne bewaffnete junge Volksgenossen Tag für Tag gedrückt und abgerichtet werden, um auf den Wink eines schneidigen Offiziers gegen das freie Volk aufzumarschieren und es mit Feuer und Schwert im Jaum zu halten.

Nur mit banger Scheu magt man daran zu erinnern, daß noch vor wenigen Monaten einer jener acht Punkte, die als Abschluß des schmachwürdigen Märzputsches zwischen Volk und Regierung vereinbart wurden, die Entmilitarisierung der Polizei betraf — heute aber haben es die Nachfahren jener entthronten Heiden, deren Wutdurst selbst im blutigsten aller Kriege nicht gestillt werden konnte, durchgesetzt, daß als höchste staatliche Schutzeinrichtung für den frommen Bürgersmann der bis an die Zähne bewaffnete Polizeisoldat sogar gesetzlich anerkannt wird. Es ist geradezu ungeheuerlich, daß noch nicht zwei Jahre nach der Revolution in Deutschland, nachdem die Waffen vernichtet sein sollen, das gesamte arbeitende Volk in höchster Sorge um seine persönliche Freiheit sein muß, weil das ganze Land in Waffen starrt und insbesondere das alte Offizierskorps nicht nur über Waffen, sondern auch über eine Macht in der Verwaltung und der Gesamtpolitik verfügt, wie sie zu keiner Zeit Wilhelm des Großen größer und für das gesamte Volk bedrohlicher gewesen ist.

Noch nicht der zehnte Teil der Berliner Bevölkerung, etwa jene Kreise, die sich in ihrem durch Kriegsgewinne und Schleichhandel auf Kosten der Arbeiter ermöglichten Schlemmerdasein um Kurfürstendamm und Bayerischen Platz gruppieren, verlangt nach der militärischen Polizei und doch hat diese schon längst das Heft in Händen. Die Zahl der Polizeioffiziere mit ihrer unglaublichen Anmaßung und ihren Forderungsforderungen, die jedes Maß übersteigen, ist weit größer als jemals vor dem Kriege. Während es früher in Berlin nur einen Polizeimajor gab, ist die Polizei jetzt geradezu eine Bersergerarmee angefüllt für beschäftigungslose Offiziere geworden. So gibt es in Hannover nicht weniger als sieben Polizeimajore, in Magdeburg und noch einigen anderen Städten gibt es sogar Generale bei der Polizei. Und diesen Kreisen, die nicht die geringsten politischen Anscheinungen besitzen, dafür oben jeden Demokraten als ihren persönlichen Feind betrachten, sollen jetzt neun Zehntel der städtischen Bewohner ausgeliefert werden. Im Osten, wo niemand daran denkt, Deutschland anzugreifen, sind Sicherheitspolizei zusammengewogen — im Westen, wo täglich Millionen verschoben und eingeschmuggelt werden, denkt niemand an eine Grenzschutz. Eine unerhörte reaktionäre Propaganda, die den Sieg der Orgel und der Siposoffiziere auf der ganzen Linie gebracht hat, wird die völlige Militarisierung der Polizei jetzt sogar gesetzlich durchsetzen, so daß alle Forderungen der Gewerkschaften fast völlig unbeachtet bleiben.

Aber man täusche sich nicht. Die jungen Sipomansschaften fügen sich nur feingewaschen dem militärischen Schicksal, mit dem sie wieder ganz nach alter Methode behandelt werden. Eine Polizei, die mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet ist, wird auf die Masse der größtmöglichen Bevölkerung nicht beruhigend, sondern aufreizend wirken. Ebenso wird die Beamtenschaft es unbedingt ablehnen, die kasernierte und militärisch geformte Polizei in ihre gewerkschaftlichen Organisationen aufzunehmen. Von dem freien Volkstaat, in dem der freie Staatsbürger oberster Gesetzgeber ist, sind wir weiter als je entfernt. Die Masse des Volkes wird die militärische Polizei nicht als ihren Schutz, sondern als ihren Gegner betrachten und den eigenen Schutz lediglich in den starken gewerkschaftlichen Organisationen sehen, die schließlich auch den staatlich organisierten Widerstand der gesamten Reaktion brechen werden.

Erwiderung

Genosse W. Seider sendet uns unter der Ueberschrift „Das Mutterland Karl Kautskys“ folgende Erwiderung:

„Zu der Einblendung der georgischen menschenwürdigen Genossen an die „Freiheit“ bemerke ich folgendes:

Die Waggons Kautskyscher Schriften in den Heeren Demitri, Kollisch usw. habe ich allerdings nicht gesehen. Eine sehr naive Beweisführung! Aber wir haben es von Sinowjew, Trotzky und vielen anderen Genossen mehr denn einmal bitter vorgekommen bekommen, daß die Schriften eines Mitgliebes unserer Partei von diesen konterrevolutionären Generalen in ihren militärischen Kämpfen zu Propagandazwecken waggonweise mitgeführt werden. Wir haben keine Veranlassung an diesen Angaben zu zweifeln.

Zu den übrigen Behauptungen des Menschenwürde, daß Georgien jetzt tatsächlich eine vollendete Demokratie sei und dort volle Pressefreiheit herrsche, folgendes: Wir haben uns in Moskau mit drei Delegierten der kommunistischen Partei Georgiens, die unmittelbar aus Tiflis kamen und zwar zum Teil alte ergraute Genossen stundenlang über die Zustände in der Republik unterhalten, und diese Genossen sagten uns, daß die georgische menschenwürdige Regierung seit ihrem Bestehen alle kommunistische Literatur unterdrückt habe, daß sogar alle russischen Zeitungen in Georgien streng verboten seien und jeder, der damit erwisch würde, ohne weiteres ins Gefängnis fliege. Sogar der Besitz eines Bildes von Lenin genüge zur sofortigen Verhaftung. Weit über 100 Kommunisten seien ermordet und Tausende ins Gefängnis geworfen worden. Die gegen Sowjetrußland kämpfenden konterrevolutionären Weißgardisten erstreuten sich zum mindesten passiver Unterstützung Georgiens. Wie dessen Regierung gegen die Kommunisten haute, geht aus der Tatsache hervor, daß sie beim Abschluß des Friedensvertrages mit der Sowjetrepublik aus den Gefängnissen nicht weniger als 800 Kommunisten entlassen mußten. Eine in diesem kleinen Lande geradezu ungeheuerliche Zahl. Laut Friedensvertrag sollte die kommunistische Presse nach dem Friedensabschluß wieder legal erscheinen dürfen. Dieser völlig ungewohnten Pressefreiheit konnten sich aber die Kommunisten nur einige Wochen hindurch erfreuen, denn nach kurzer Zeit erfolgte wieder die erneute Unterdrückung.

Ueber die sonstige „sozialistische“ Politik der menschenwürdigen Regierung wird an anderer Stelle zu reden sein.“

Die U.S.P. und der Generalstreik in Württemberg

Entgegen den Parteien der Rechtssozialisten und Kommunisten, die aus Parteigoismus nachträglich in papierernen Erklärungen die Verantwortung für den Stuttgarter Streik mutig abliehen, haben sich unsere Parteigenossen offen zu dem Streik bekannt und auch die Verantwortung übernommen. Eine Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder der U. S. P. D. nahm am 6. September folgende Erklärung einstimmig an:

Die Vertrauensleute der U. S. P. Stuttgarts erklären: Regierung und Unternehmertum, unterstützt von der Mehrheitssozialdemokratie, führen seit dem Abschluß des Krieges und dem Ausbruch der Revolution einen verzweifelten Kampf zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Staates.

Dieses Staatswesen soll saniert werden durch verstärkten Steuerdruck auf die Arbeiter, und vermehrte Ausbeutung und Massenentlassungen sollen Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne ermöglichen, um das Bankrottsystem wieder aufzutischen.

Während die Kapitalisten ihr Millionenvermögen in Ruhe verschleiben konnten, begann der Druck auf die Arbeiterklasse und steigerte sich zur Unerträglichkeit.

Diesem Druck folgte am 6. August eine freche Propagation der Regierung im Verein mit dem Unternehmertum. 16 000 Arbeiter und Angestellte der drei Werke Daimler, Bosch und Eßlinger Maschinenfabrik wurden mit militärischen Nachmitteln von der Arbeit ferngehalten. Das war eine von langer Hand wohlüberlegte Kampfanlage an die Arbeiterschaft.

In dieser Situation wäre eine bedingungslose Unterwerfung, ein lampfloses Beugen unter die Krute des kapitalistischen Staates, eine unverzeihliche Feigheit gewesen. Wir waren uns bewußt, daß uns die Regierung den Kampf zu einem Zeitpunkt ausnützte, als alle Vorbereitungen für sie günstig, für das Proletariat ungünstig lagen. Aber feiges Knien wäre schimpflich gewesen. So nahmen wir die Verantwortung auf uns.

Der Kampf mußte geführt werden, sollte nicht der Uebermut der Unternehmer einen billigen Triumph feiern. Lieber eine ehrenvolle Niederlage im Kampf, als lampflose Unterwerfung unter das Diktat des Unternehmertums und der Klassenregierung. So haben wir den Kampf geführt mit Ausbeutung aller unserer Kräfte. Wir haben unsere ganze Organisation reiflos in den Dienst des Kampfes gestellt.

Nachdem schon zu Beginn des Kampfes die Rechtssozialisten die Verantwortung des Generalstreiks abgelehnt und auch während des Kampfes Sabotage und offenen Streikbruch verübt, und nachdem am Schluß des Kampfes die R. P. D. ebenfalls die Verantwortung ablehnt, erklären wir: Wir tragen die Verantwortung für unsere ganze Tätigkeit bei der Beschlußfassung und der Durchführung des Kampfes.

Unsere in Partei und Gewerkschaft tätigen Genossen haben ihre ganze Kraft eingesetzt, um den Kampf zu einem für die Arbeiterklasse Württembergs günstigen Abschluß zu bringen. Es war uns, wie vorausgesehen war, kein voller Erfolg beschieden. Der schönste Erfolg des Kampfes ist: Ein glänzendes Zeugnis von Klassenolidarität hat die württembergische Arbeiterschaft abgelegt, diese Kampfgemeinschaft berechtigt zu den besten Hoffnungen zu den bevorstehenden Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit. Wir aber wollen geloben, zu bleiben, was wir auch in diesem Kampfe waren: Bannerträger im Kampf um die Befreiung des Proletariats.

Das erste Opfer des württembergischen Generalstreiks

Aus Redarju Im wird uns geschrieben:

In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag, ereignete sich in Redarju der erste blutige Zwischenfall, dem der Arbeiter J. Schöwe in, Vater von neun Kindern zum Opfer gefallen ist. Schon im Laufe des Donnerstags verfuhr ein Angehöriger der hiesigen Einwohnerwehr in einem Arbeiterlokal nach Neugleichen zu forschen und wurde nach einem Wortwechsel mit Erlwein an die frische Luft gesetzt. Als dann später Erlwein in Begleitung seines Sohnes und Schwiegersohnes nach Hause ging, begegneten ihnen zwei Angehörige der Einwohnerwehr, darunter der Wirtshauswirt. Erlwein machte seine Begleiter aufmerksam, daß der eine Mann derjenige sei, um den sich in der Wirtshaus der Wortwechsel gedreht habe. Nach einer kurzen Auseinandersetzung zog das bedrohliche Element seinen Revolver und streckte Erlwein mit drei Schüssen nieder, die aus unmittelbarer Nähe abgegeben wurden. Der verwundete Erlwein wurde in ein Krankenhaus gebracht, einen Lungenschuß und einen Bauchschuß fest, denen der Betroffene Freitag morgen 6 Uhr erlag.

Der Name dieses Nordbuben konnte von unseren Koffen sofort festgestellt werden, es ist dies ein grüner Bürsche von 21 Jahren, namens Josef Ehrenfried von Redarju. Dieser selbe Bürsche ist von der hiesigen Arbeiterschaft schon einmal beim Schwarzfahren auf freiem Felde betroffen und zur Anzeige gebracht worden, aber bis jetzt ist ihm noch kein Haar gekrümmt worden.

Existenzminimum und Krankenkasse

B. S. Die immer weiter um sich greifende Sabotage der Unternehmerschaft wirft täglich weitere Massen von Arbeitslosen auf die Straße, die Zahl der Erwerbslosen nimmt immer größeren Umfang an, und das Elend in den einzelnen Familien wird immer größer. Wenn auch nun nach neueren Verfügungen den Erwerbslosen eine Kartoflexportation (vorläufiglich eine lächerlich kleine Anzahl von Pfunden) sowie eine Beihilfe von 200 Mark für den Antragsteller (vorläufiglich wird diese Summe eine etwas größere sein, was aber den Sinn dieses Artikels nicht ändert. Red.) und je 20 Mark für jeden Teilempfänger nach längerer Arbeitslosigkeit gegeben werden soll, so sind es doch noch zwei Punkte, die ihrer großen Wichtigkeit nicht niemals von den Arbeitslosen sowie von den verfügunggebenden Stellen in genügender Weise würdigen worden sind. Es handelt sich um die seit einigen Monaten eingeführte Berechnung des Existenzminimums, sowie um die Berechtigung zum Bezüge von Krankengeld, freie ärztliche Behandlung der einzelnen Familienmitglieder der Erwerbslosen. Die jetzige Berechnung des Existenzminimums ist ohne Frage eine große Härte gegen die arbeitslose Arbeitnehmerschaft. Wenn z. B. die Ehefrau eines Antragstellers die sich ihr bietende Gelegenheit zur Heimarbeit benützt und wirklich in der Woche 50 Mark durch den Betrieb der Nähmaschine verdient hat, so bringt es die heutige Berechnung des Existenzminimums mit sich, daß man dem Ehemann als Antragsteller nicht mehr den vollen Satz seiner Erwerbslosenunterstützung zahlt, sondern ihm einen nicht unbedeutenden Teil von seiner Unterstützungssumme kürzt, ohne Rücksicht auf die immer teurer werdende Lebenshaltung.

Ein anderer Fall, wie er fast täglich vorkommt. In einer aus vier Personen bestehenden Familie sind die beiden erwachsenen Söhne im Frühjahr d. Js. aus langer Gefangenschaft nach Hause gekommen. Nach monatelangem Bezug der Erwerbslosenunterstützung ist es ihnen endlich gelungen, Arbeit zu finden, und verdient jeder etwa 110 Mark in der Woche. Dafür ist aber der Vater, ein Mann, der schon 27 Invalidentagen geliebt hat, jetzt erwerbslos geworden und hat Antrag auf Erwerbslosenunterstützung gestellt. Er wird abgewiesen, weil der Verdienst der Söhne das Existenzminimum für vier Personen weit übersteigt.

Es ist nicht der reine Hohn, von den Söhnen, die durch die Gefangenschaft und durch die darauf folgende Arbeitslosigkeit tief in Schulden steten und in ihrer Bekleidung stark abgerissen sind, zu verlangen, daß sie aus den geringen Ueberschüssen von ihrem Verdienst jetzt die Eltern ernähren sollen? Ist es nicht beschämend für den Vater, der gern arbeiten will und kann, jetzt auf den Verdienst seiner Kinder angewiesen zu sein?

In der gleichen Art lassen sich die Beispiele zu Hunderten anführen. Allerhöchste Abschaffung der jetzigen Berechnung des Existenzminimums muß hier das Gebot der Stunde sein. Jeder, der gearbeitet hat und weiter auf Arbeit angewiesen ist, soll ein Anrecht auf Erwerbslosenunterstützung haben, ohne Rücksicht auf den Verdienst der anderen Familienmitglieder, von denen ja keiner das Einkommen eines Banddirektors haben wird.

Nun der zweite Punkt. Nach den heutigen Verfügungen gehören nur die Antragsteller selbst der Krankenversicherungsteilung der Erwerbslosenfürsorge an, nicht aber die Teilempfänger, d. h. Ehefrauen und Kinder. Haben sich die Herren am grünen Tisch schon einmal in die Lage versetzt, wie einem arbeitslosen Familienvater, der schon sechs, acht und noch längere Monate gezwungen ist, zu bummeln, zu Ruhe ist, wenn ihm plötzlich die Frau oder die Kinder schwer erkranken? Der Arzt muß geholt werden, aber der kommt heute nicht mehr „auf Pump“. Geld ist nicht im Hause, denn das bischen Erwerbslosenunterstützung ist jede Woche bis auf den letzten Pfennig verbraucht. Da muß dann abermals der Weg zum Pfandleiher angetreten werden, der letzte Anzug, das letzte Stück Wäsche wandert aus dem Spind, und die Hut der Pfandleiher wird immer höher. Soll jetzt noch an dieser Stelle ausgehakt werden, was noch bei einem eventuellen Todesfall alles auf den armen arbeitslosen Familienvater einstürzt? Deshalb auf dem schnellsten Wege eine Verfügung, daß auch die teilberechtigten Familienmitglieder ohne besondere Beitragsleistung sofort in den Genuß der Krankenversicherung treten, will man nicht, daß der Erwerbslose in solchen Fällen nicht ganz verlorren und verarmt.

Fort mit der Technischen Nothilfe

Uns wird geschrieben:

Da die Etatberatung wieder vor der Tür steht, so lohnt es, sich einmal wieder mit der Technischen Nothilfe zu beschäftigen. Ganz abgesehen davon, daß die Proletoren der Technischen Nothilfe sich im Lager der Rechtsradikalen befinden — denn der eine S. P. D.-Vertrauensmann bei der Technischen Nothilfe hat ja nicht viel zu sagen — ist die Technische Nothilfe eine arbeitserfreundliche Organisation, die vom Gebete des Arbeiters mit unterhalten wird, und daher mit allen Mitteln auf das Schärfste bekämpft werden muß.

Was kostet die Technische Nothilfe dem Staat? Die Technische Nothilfe ist so organisiert, daß Deutschland in rund 20 Landesbezirke eingeteilt ist. Jedem Landesbezirk steht ein Landesbezirksleiter vor, welcher ein monatliches Gehalt von rund 1600 Mark erhält. Das ist eine Summe von monatlich 32 000 Mark oder jährlich 384 000 Mark. Hierzu kommen die Gehälter des Vorstandes und des übrigen Personals, welches mit rund 3 Millionen jährlich nicht zu hoch gegriffen ist. In diesen Summen sind noch nicht die Mieten der Büroräume usw. enthalten, welche wiederum mit zwei Millionen jährlich angelegt werden sollen. Dann kommen die Anschaffungskosten des eigenen Autoparkes des Berliner Landesbezirkes am Kurfürstendamm, welche mindestens eine Million ausmachen. Diese Summe wird um ein Bedeutendes erhöht durch die Unterhaltungskosten des Autoparkes.

Ganz enorme Summen verschlingen ferner die großen Bekleidungs- und Verpflegungsläger in Schöneberg. Rechnet man zu diesen Summen noch die außergewöhnlichen Ausgaben, so kommt man zu dem Schluß, daß der Etat der Technischen Nothilfe jährlich rund 25 Millionen ausmacht. Diese gewaltige Summe muß der Arbeiter in Form von direkten Steuern aufbringen, damit diese wunderbare Organisation im Streikfalle ihm in den Rücken fällt.

Hierzu kann und darf das Proletariat nicht still sein. Es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, daß diese Kaisererhaltende Streikbrecher-Organisation von der Bildfläche verschwindet! Darum heißt es: Fort mit der Technischen Nothilfe!

Was will die Waren-Austausch-Genossenschaft?

Die Waren-Austausch-Genossenschaft wendet sich in einer mit Bauer gezeichneten Zuschrift gegen den Nachrichtenendienst des A. D. G. S., der der Genossenschaft Schiebermethoden vorgeworfen hat. In der Zuschrift heißt es:

1. Die W. A. G. wurde von Genossenschaftsgenossen aus dem Bedürfnis heraus gegründet, um der Arbeiterschaft für bestimmte vorliegende Fälle ein kaufmännisches Instrument zur Verfügung zu stellen. Das gleiche Bedürfnis hat ja Regien in den Gewerkschaften empfunden, das zur Gründung der Oeconomic-Gesellschaft geführt hat. Nur war diese Gesellschaft leider ein rein kapitalistisches Institut, das an der Unfähigkeit oder Zwiespältigkeit seiner Leitung bereits wieder zugrunde gegangen ist.

Die W. A. G. hat sich folgende Aufgaben gestellt: 1. Beratung und Hilfeleistung in allen kaufmännischen Angelegenheiten an Arbeiter, Arbeitsgemeinschaften, Gewerkschaften, Betriebsräte usw. 2. Theoretische und organisatorische Bearbeitung von Produktionsproblemen, Aufstellung einer sicheren Kalkulationsbasis für Arbeiter-Betriebs-Genossenschaften, Ausarbeitung von Plänen, Entwürfen usw. 3. Einrichtung von Buchführung, Revisionen und Kontrollen und sonstige Treuhändergeschäfte für Arbeiterorganisationen. 4. Erledigung kaufmännischer Angelegenheiten und Vermittlung von Warenaustausch für Gewerkschaften und Genossenschaften und sonstige Arbeiterorganisationen.

Die Genossenschaft steht Arbeitern und Parteigenossen unentgeltlich zur Verfügung. Erstklassige Fachmänner (ebenso wie die Zeitung) stehen ehrenamtlich zur Arbeitsleistung bereit. Die gründenden Genossenschaftsgenossen haben mit persönlichen Opfern die Einrichtung geschaffen, die bisher keinerlei Gewinn gebracht hat, wenn auch damit gerechnet wird, daß sich die Organisation nach und nach aus eigenen Mitteln halten könne. Bezahlt wird niemand außer den Angestellten im Bureau.

Die Deutsch-Russische Industrie-Gewerkschaft ist durch ihre leitenden Genossen in der W. A. G. vertreten. Diese haben jedes Kontrollrecht, wie wir überhaupt jederzeit Vertretungen von Organisationen und sonstigen Interessenten unter den Genossenschaftsgenossen Einfluß in unsere Geschäftsführung und Geschäftsgebahren gestatten.

In der Deutsch-Russischen Industrie-Gewerkschaft werden alle Posten ehrenamtlich verwaltet. Nur ein kleines Bureau wird zur Erledigung der laufenden Geschäfte unterhalten. Die geringen Wochenbeiträge von 50 Pf. zeigen wohl, daß nicht mehr beachtlich wurde und erreicht werden kann, als die Organisation zur Aufrechterhaltung braucht.

Wie weit nach Darstellung dieses Sachverhaltes die geradezu ungeheuerlichen Angriffe des Deutschen Gewerkschaftsbundes berechtigt sind, müssen unsere Genossen selbst beurteilen. Lüge und Verleumdung sollte doch unter Genossenschaftsgenossen ein unerlaubtes Kampfmittel sein.

Wir haben keinerlei Anlaß, die W. A. G. irgendwie zu verdächtigen. Gestattet sei uns nur die Bemerkung, daß Unternehmungen, die im Dienst der Arbeiterbewegung stehen, in ihrer Finanzgebarung stets aus öffentlicher Rechnungslegung und systematischer Revision der Kassen und Bücher von den Arbeitern kontrolliert werden. In der Erklärung steht nichts von einer solchen Einrichtung bei der W. A. G. Wir glauben, daß sich die Genossenschaft in dieser Weise am wirksamsten gegen Angriffe schützen könnte, wie sie jetzt vom Nachrichtenendienst ausgehen. Wir vermögen nicht recht zu erkennen, ob das leitenden Genossen von der Deutsch-Russischen Industrie-Genossenschaft eingeräumte Kontrollrecht den Ansprüchen genügt, die die Arbeiterschaft in diesem Punkte sonst zu erheben pflegt.

Die Franzosen und die dritte Internationale

Novon, 9. September. (W.F.)

Der hier laufende Nationalkongress der Textilarbeiter hat mit 5256 gegen 377 Stimmen dem allgemeinen Arbeiterverband sein Vertrauen ausgedrückt und den Beitritt zur dritten Internationale in Moskau abgelehnt.

Die „Humanité“ vom 8. September berichtet, daß die Genossen Lacer und Frossard in einer riesigen Versammlung in Marseille über die russische Revolution gesprochen haben. Das Publikum, von revolutionärer Begeisterung erfüllt, applaudierte stürmisch den Ausführungen der Genossen, beglückwünschte die russische Revolution und verurteilte die gegenwärtige Politik der französischen Regierung. Der Anschluß an die 3. Internationale wurde einstimmig beschlossen.

Paul Faure gegen die Bedingungen

Als einer der ersten französischen Führer äußert sich Genosse Paul Faure, der Chefredakteur des linkssozialistischen „Populaire de Paris“, einer der Beschreiber der 3. Internationale. Nach Kenntnisnahme der Bedingungen schreibt er u. a.: „Es gibt Punkte, über welche ich eine Verständigung unmöglich erachte, so z. B. die Bedingungen gegen die Gewerkschaften...“ Zum Fall Louguet sage ich nur: „Jenem möchte ich kennen lernen, der den russischen Antrag gegen Louguet ablehnt oder dafür stimmt. Wir werden später noch Gelegenheit nehmen, näheres darüber zu sagen.“ Genosse Faure schließt mit den Worten: „Auf jeden Fall lege ich Wert darauf, schon an der Schwelle der Diskussion zu erklären, daß, wenn die von der „Freiheit“ veröffentlichten und vom Moskauer Kongress nach der Abreise Frossards und Cachus angenommenen Bedingungen diejenigen sind, die man aus Franzosen stellt, es mir unmöglich sein wird, sie anzunehmen, so groß auch mein Wunsch war, der 3. Internationale beizutreten. Ich schreibe dies in der Uebersetzung, den klarsten Grundrissen und der reinsten sozialistischen Lehre treu zu bleiben, die ich — man entschuldige diese Worte — während eines langen politischen Lebens nach bestem Können und — in Ermangelung anderer Verdienste — mit Uneigennützigkeit und Aufrichtigkeit verteidigt habe.“

Die Schweiz und die 3. Internationale

III. Zürich, 10. September.

Die kommunistische Partei der Schweiz ist in die dritte Internationale aufgenommen worden.

Die linkssozialistische „Berliner Tagwacht“ fährt fort, die Moskauer Bedingungen zu kritisieren. Sie schreibt: „Das Ziel, das mit unmöglichen Forderungen verknüpft ist, ist die Vernichtung der sozialistischen Partei der Schweiz! Die Spaltung! Man sucht nicht den Zusammenschluß der revolutionären Parteien aller Länder zu einer lebens- und aktionsfähigen Internationale, sondern die Unterdrückung des Parteigeistes und die Unterstellung der Massen unter die Weisheit eines Direktoriums.“

Aus der Partei Parteitag der U.S.P.

In der Mitteilung über den am 24. Oktober beginnenden Parteitag in Halle ist durch ein Versehen der vom Parteivorstand beschlossene 4. Tagesordnungspunkt: Neuwahlen fortgeblieben. Wir bitten unsere Leser, dies nachträglich zur Notiz nehmen zu wollen.

Um die dritte Internationale

In einer gut besuchten Mitglieder-Versammlung der U. S. P. Schmalkalden wurde nach lebhafter Aussprache die folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen:

„Die U. S. P. Schmalkalden steht auf dem Boden einer revolutionären Internationale, einschließlich der russischen Kommunisten. Sie beäugt die unannehmbaren Ausnahmeverbindungen der Moskauer Internationale und fordert weitere Schritte zur Schaffung eines internationalen Zusammenschlusses, die der Partei ohne Aufgabe ihrer Selbstständigkeit den Beitritt ermöglichen.“

Berichtigung. Um Irrtümern vorzubeugen, sei mitgeteilt, daß auf der Konferenz der Bezirks- und Kreisleitungen des westfälischen Industriebezirks, über die wir in unserer Nr. 372 berichteten, keine Abstimmung in der Anschließfrage vorgenommen wurde. Es wurde vielmehr ausgesprochen, die Entscheidung dem Parteitag zu überlassen.

Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrates. Der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beabsichtigt, den Ausschuß zum Dienstag, den 21. September d. J. einzuberufen. Ein wichtiger Beratungsgegenstand liegt dem Ausschuß bis jetzt vor: der Bericht der Sozialisationskommission über die Reorganisation der Rohlenwirtschaft, Anträge auf völlige Aufhebung der Ausfuhrabgaben bzw. der gesamten Außenhandelskontrolle, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für Außenhandelspolitik, der Aufbau der Wirtschaftskommission gemäß Artikel 185 der Reichsverfassung, die finanzielle Notlage der produktiven Stände bzw. Maßnahmen zu deren Behebung.

Die erste Rate des holländischen Kredits an Deutschland. Am 16. September wird die erste Rate des 7-Millionen-Kredits an Deutschland zur Auszahlung gelangen.

Kultur-Bauämter. Der Preussische Landwirtschaftsminister hat bestimmt, daß die Revisionsbauämter in Zukunft die Bezeichnung „Kultur-Bauämter“ zu führen haben.

Der Wiederaufbau. Nach einer Voraussetzung aus dem Entwurf haben die ersten Schlußfolgerungen aus den zerstörten Gebieten von Land stattgefunden.

Der neue englische Votschaffer in Paris. Die französische Regierung hat soeben der Ernennung des Lord Hardinge zum britischen Votschaffer in Paris an Stelle von Lord Derby das Agreement erteilt.

Der englische Außenhandel. Der Wert der Einfuhr in England betrug im Monat August 153 254 678 Pfund Sterling, das sind 4 605 319 Pfund Sterling mehr als im August des Vorjahres. Der Wert der Ausfuhr erreichte eine Höhe von 114 908 335 Pfund Sterling, gleich 40 129 788 Pfund Sterling mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Wiederausfuhr belief sich auf 13 868 347 Pfund Sterling oder 1 942 678 Pfund Sterling weniger als im August 1919.

Der Fortgang der finnisch-russischen Verhandlungen. Nach einer Mitteilung aus Helsinki zeigt sich auf der Konferenz von Dorpat die Vertreter der Sowjetregierung angesichts der Drohung des Abbruchs der Verhandlungen durch Finnland viel verständlicher. Die Russen sind in der Tat heute bereit, in allen Punkten nachzugeben, während sie früher die Abtretung des Distriktes von Teropla und der im finnischen Golf gelegenen Inseln verlangten.

Die Unabhängigkeit Indiens. In Kalkutta fand eine Sonder Sitzung des indischen Nationalkongresses statt. Es waren ungefähr 20 000 Personen anwesend, darunter 5000 gewählte Delegierte und Vertreter aller Provinzen. Der Präsident befragte die Haltung des englischen Unterhanses gegenüber den Anträgen auf Bestrafung des General Dyer und verlangte für Indien die Unabhängigkeit, die Ägypten gewährt worden sei.

Die Sicherung der Heimkehr der sibirischen Gefangenen. Eine große Anzahl sibirischer Militärs beabsichtigt, jetzt ins Ausland zu gehen. Die Soldaten werden im Auftrag des Völkerbundes bei der Heimkehr der noch in Rußland verbliebenen Kriegsgefangenen mitwirken. Der Sammelplatz ist Berlin.

Moderne Gewerkschaftspolitik

Von J. Neumann.

In der gegenwärtigen Periode des Klassenkampfes haben die Gewerkschaften einen großen, wenn nicht sogar entscheidenden Einfluß. Der Grad des Einflusses der Gewerkschaften auf den Ausgang des Klassenkampfes hängt letzten Endes von der besorgten Taktik der organisierten Arbeiterkraft ab. Diese Erkenntnis ist fast allenhalben in der Arbeiterbewegung vorhanden, soweit sie mit Interesse die Gesamtentwicklung der politisch-ökonomischen Verhältnisse verfolgt. Aber nicht überall zeigt sich die klare Konsequenz dieser Erkenntnis. Diese hat sich zunächst darin zu zeigen, daß die Gewerkschaften sich Unabhängigkeit in allen Entscheidungen wahren müssen, soweit die gegen das Kapital zu befolgende Taktik in Frage kommt.

In dieser Zeit, wo erneut und brennender denn je die Frage der proletarischen Kampfstrategie aufgeworfen wird, hält eine freie Gewerkschaft eine außerordentliche Verbandsgeneralversammlung die für die Gesamtheit der Arbeiterkraft von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist: es ist dies der Deutsche Eisenbahner-Verband. Auf diesem Verbandstage wird eine Bilanz zu ziehen sein, die genau die Entwicklung der Verhältnisse der letzten beiden Jahre wieder spiegelt, und woraus nun für die Zukunft die folgerichtigen Schlüsse zu ziehen sein werden, jedoch vollkommen unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Arbeiterbewegung.

Der Kampf zwischen Wirtschaft und Politik, wie er bisher von den Gewerkschaften betont wurde, nicht besteht; beides gehört mehr zusammen und steht in enger Wechselwirkung zueinander. Weshalb ja auch Marx den politischen Einschlag bei den Gewerkschaften verlangte, weil sie erst dadurch zu wirklichen Klassenkampforganisationen werden können. Die Ansicht, daß die Gewerkschaften sich nur um die wirtschaftlichen Angelegenheiten kümmern sollen, konnte man wohl vor dem Kriege gelten lassen, wo der Klassenkampf noch nicht in die entscheidende Phase getreten war, wie es jetzt der Fall ist und die Gewerkschaften noch nicht die Nachsicht waren, die sie heute bilden. In der Gegenwart liegt es aber gerade den Gewerkschaften ob, ihren politischen Einfluß zugunsten des Proletariats stark geltend zu machen. Die Notwendigkeit der Transportkontrolle, die jetzt von den Eisenbahnern ausgeübt wird, ist ein neuer Beweis dafür, daß die Gewerkschaften gezwungen sind, den konsequenten Klassenkampf zu führen.

Es ist daher die Frage aufzuwerfen: „Erfüllen die Gewerkschaften ihre Aufgabe, wenn sie sich einzig und allein als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterkraft betrachten?“ Die Antwort auf die oben gestellte Frage lautet verneinend. Bisher hat die Gewerkschaftspolitik darauf hinaus, daß man lediglich bemüht war, das Lohnniveau der Arbeiterkraft nach Möglichkeit den Verhältnissen anzupassen, ohne ernsthaft an eine wirklich einschneidende Zukunftsarbeit heranzugehen. Zu einer vollkommenen Lösung dieses Problems gehören nun auch alle jene Fragen, die zuherst ernsthafter wirtschaftlicher Natur sind, als da sind Militarismus, Belagerungszustand usw. usw. Es ergibt sich also klar, daß die Gewerkschaften sich mit derartigen Fragen beschäftigen müssen.

Diese Erwägungen sind um so mehr anzustellen, als es sich bei der Eisenbahnerschaft um eine Kategorie handelt, die den Staat zum Brotherrn hat, deren Interessen also die Regierungsgewalt gegenübersteht. Die sogenannten politischen Momente spielen somit hier eine entscheidende Rolle. Deshalb sind die Fesseln abzustreifen, die die Kampfstrategie der Gewerkschaften stark behindern. Und die schwerste Fessel ist in diesem Falle das System der Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das die Interessengegensätze zwischen beiden Gruppen auf dem Wege über die formale Demokratie regeln will. Es erübrigt sich, auseinanderzusetzen, daß auf diesem Wege die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit nicht beseitigt werden können. Und es ist soweit ja auch bekannt, daß die Unternehmerrchaft unter dem Eindruck der Revolution schnell zu diesem Mittel griff, um sich damit eine Versicherung gegen das Weitergreifen der Revolution zu geben. Die Eisenbahner haben dabei noch ein weiteres Interesse daran, daß die Gewerkschaften sich grundsätzlich unabhängig von jeder Regierungspolitik halten müssen, da sonst die Aktionskraft gelähmt oder sogar vollkommen geschwächt wird. Sprach nicht seiner

Zeit nach der Schließung der Eisenbahnwerkstätten der erste Vorliegende des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Brunner das alles bezeichnende Wort: „Was sollen wir tun, die Regierung ist ja Fleisch von unserem Fleisch“. Dies läßt wohl zur Genüge erkennen, wie die Kampfstrategie der Gewerkschaften beschaffen sein muß, wenn sie sich einzig und allein von dem Gedanken leiten läßt, Interessensvertretung des werktätigen Volkes zu sein. Bergegenwärtigt man sich die Zeit, in der das Betriebsrätegesetz entstanden ist, so ist nicht zu verkennen, wie sehr sich im einzelnen die Gewerkschaftspolitik festgelegt hatte, und welche Gefahren noch bevorstehen, wenn man an den immer noch schwebenden Gesetzentwurf über die Sicherung des Arbeitsfriedens denkt. In jeder einzelnen Gewerkschaft muß man sich insbesondere die Kampfstrategie der Zukunft vor Augen halten, die vielfach auch weltpolitische Bedeutung haben, und danach die Umgestaltung der Organisationen vornehmen.

Immer mehr zeigt es sich, daß die in den Verkehrsbetrieben werktätige Bevölkerung die Avantgarde des Proletariats wird. Der Verbandstag des Deutschen Eisenbahner-Verbandes muß dem Rechnung tragen. Kurz präzipiert lassen sich wohl insbesondere für diesen Kongress folgende Richtlinien aufstellen:

1. Ablehnung der Arbeitsgemeinschaften, Unabhängigkeit von jeder Regierungspolitik.
2. Umgestaltung des Verbandes in eine Industrieorganisation des Verkehrsgewerbes.
3. Förderung und Organisation der Betriebsräte als gewichtige Faktoren des Klassenkampfes.
4. Systematisches Hinarbeiten auf die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, insbesondere der Verkehrsbetriebe.

Die Annahme und Durchführung dieser Richtlinien wird es der freigewerkschaftlichen Organisation der Eisenbahner möglich machen, sich als wertvolles Glied in die Klassenkampfstrategie der Arbeiterbewegung zu stellen. Speziell an die Eisenbahner und sonstigen Verkehrsarbeiter werden in Zukunft noch große Anforderungen gestellt werden, die nur mit einer starken und darauf eingetragenen Organisation bewältigt werden können.

Der Weg nach Moskau

Von R. Otter, Bochum.

Daß der Wille für den Anschluß an die Dritte Moskauer Internationale restlos in unserer Partei vorhanden ist, das ist die erste Frage, die festgestellt werden muß. Es gibt wohl sehr, sehr wenige, ja, ich möchte wohl behaupten, keine Mitglieder in unserer Partei, die sich mit dem russischen Proletariat nicht eins fühlen und somit den Anschluß an Moskau nicht wollten. Die Diskussion, die nun über den Anschluß an die Dritte Internationale jetzt in Versammlungen und in der Presse einsetzt, wird also die Frage „wo“ übergehen und sich der Frage „wie“ restlos widmen können. Daraus, daß wir jetzt nur die Frage, wie sich der Anschluß an die Dritte Internationale vollziehen soll, in den Vordergrund schieben, wird die Diskussion zwar übersichtlicher, dennoch nicht einfacher.

Als im vergangenen Jahr auf dem westfälischen Parteitag in Hagen der Genosse Süder, der über die Internationale referierte, ein hohes Lied auf die direkte Aufnahme der U. S. P. in die Dritte Internationale sang, habe ich durch Zursich dieses angezweifelt und ebenso durch Zursich die Frage aufgeworfen: was dann? Ja, was dann —. Darüber wurde ich nicht belehrt und der westfälische Parteitag nahm eine Entschließung für den sofortigen Anschluß an die Dritte Moskauer Internationale einstimmig an. Aus dem Gang der Dinge erfahren wir jetzt mit aller Deutlichkeit, daß man damals der Frage: „was dann?“ viel zu wenig Beachtung geschenkt hat. Dieses konnte man auf der ganzen Linie feststellen. Hätte man im vorigen Jahr auf den Provinzialparteitagen und dem deutschen Parteitag der Frage „Was dann?“, falls die U. S. P. in die Dritte Internationale nicht aufgenommen würde, mehr Beachtung geschenkt und etwas wichtiger den Anschluß vorbereitend, der Anschluß wäre vielleicht heute schon erfolgt. Daß es nicht geschehen ist, liegt einzig und allein daran, weil aus dem schweizerischen Aufstehen für die Dritte Internationale die Moskauer Leitung für die kommunistische Partei in Deutschland Kapital aus der U. S. P. schlagen konnte und selbstverständlich ein Interesse daran hat, die

U. S. P. in Deutschland zu schwächen und dadurch der K. P. D. die Mitglieder in den Stall zu treiben.

Die Bedingungen, die für die Aufnahme in die Dritte Internationale an die sozialistischen Parteien aller Länder, namentlich aber an die U. S. P. D., aufgestellt worden sind, gleichen einem Ultimatum. Sie sind jenem Ultimatum/ähnlich, wie es anno 1914 Deutschland an Frankreich gestellt hatte; nämlich: Deutschland forderte damals von Frankreich, es sollte das französische Gebiet bis Verdun und Toul als „neutrales“ Gebiet erklären und vom deutschen Militär besetzen lassen, im Bewußtsein allerdings, daß Frankreich dies- Ansuchen zurückweisen mußte, falls es sich nicht lächerlich machen wollte. Das selbstverständliche Ablehnen Frankreichs setzte den Krieg voraus. Das wollte man bloß. Deutschland suchte damals einen Vorwand, um an Frankreich den Krieg erklären zu können. Genau wie Frankreich seiner Zeit das deutsche Ansuchen ablehnen mußte, falls es sich nicht selbst ausgeben und lächerlich vor der ganzen Welt machen wollte, genau wird auch die U. S. P. D. auf die Bedingungen nicht eingehen können. Nicht etwa, weil die Bedingungen weltgehenden sozialistischen, kommunistischen Charakter tragen, sondern weil sie im einzelnen, ja in den wichtigsten Punkten an die Charakterlosigkeit der Mitglieder und an die Selbstaufgabe der Partei appellieren.

Dies man die Säge, die Bezug auf die Mitglieder und die Gesamtpartei der U. S. P. D. nehmen, so muß man unwillkürlich mit dem Kopfe schütteln. Da müssen denn doch nach dem Begriff der Verfasser der Bedingungen die Anhänger der U. S. P. D. ganz minderwertige Kerle sein und ihnen muß erst noch alles, was irgendwie an sozialistischen Ideen vorhanden ist, beigebracht werden. Gewiß, die Anhänger der Partei, denen noch das fehlt, was die grundsätzlichen Fragen in den Bedingungen betreffen, die müssen sich den Vorwurf gefallen lassen und werden auch die entwürdigenden Sätze, die für die Gesamtpartei bestimmt sind, leichter in Kauf nehmen können. Um den Mitgliedern der Partei die entwürdigenden Sätze, die der Gesamtpartei gelten, schmadhaft zu machen, schiebt man die Führer in den Vordergrund.

Ja, die Führer! Diesem Schlagwort begegnen wir fast in jeder Versammlung, das in der letzten Zeit geradezu zu einer Krankheit geworden ist. Damit soll absolut nicht gesagt werden, daß alle Führer sich in den Bahnen des reinen unverfälschten Sozialismus bewegen, einmündig dastehen und nicht zu tadeln wären. Aber, da die Bedingungen nur von schlechten Führern der U. S. P. D. sprechen und dadurch die Aufnahme der U. S. P. D. in die Dritte Internationale nicht erfolgen kann, so wäre es sehr angebracht, sich die Führer der Parteien anzusehen, die heute bei der Dritten Internationale angehören. So eine mikroscopische Inaugenscheinnahme der Rehrseite würde Wunder wirken. Für uns sind jedoch Leitfäden und Programme der Parteien und Gruppen maßgebend und demnach müssen wir die Parteien beurteilen und dürfen wir nicht an Nebenerscheinungen das große Ziel aus dem Auge lassen. Aus agitatorischen Gründen jedoch ist in den Bedingungen der Boden verlassen worden und in denselben Fehler dürfen wir nicht verfallen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Bedingungen die Forderung, die auf die Zerkümmern der mühsam zusammengewogenen Kampfgruppe, die sich um die U. S. P. D. geschart hat, hinführt. Diese unter so hohen Gefahren und Opfern zusammengestellte Kampfgruppe kann und darf weder zerfällt noch geschwächt werden. Rede man doch nicht von einer Klärung. Wir wissen genau, wie eine etwaige „Klärung“ aussehen würde. Hat die Klärung auf dem gewerkschaftlichen Gebiete irgendwie etwas für das wertvolle Volk gebracht? Wir sehen heute, daß selbst die kommunistische Partei Deutschlands ihre Anhänger auffordert, in die freien Gewerkschaften zurückzukehren und dort ihre Pflicht zu tun. Die angebliche „Klärung“ würde weiter nichts anderes bedeuten, als eine Lahmlegung der revolutionären regamen Kräfte, die dem Ziele erfreulicherweise zustreben.

Befehlen wir uns doch unser Leipziger Aktionsprogramm genau und da müssen wir zu der Erkenntnis gelangen, daß die Bedingungen, die Bezug auf die Gesamtpartei nehmen, eine ungeheure Zumutung stellen und uns als Sozialisten in unserem Ehrgefühl geradezu verletzen. Wer seine Pflicht als Sozialist vor dem Kriege, in den wilden Tagen zu Anfang des Krieges und in allen Kriegsjahren von Anfang bis zu Ende gemäß den Beschlüssen der internationalen Kongresse getan hat, der muß sich durch die Zumutung und die Schulmeistererei unbedingt

Die Geschichte meines Bruders

Eine Erzählung

von

Hans Siemsen

„Ich wußte ja gar nicht, was die von mir wollte. Dann, als sie damit anfing, da hab ich mich geschämt. Da mußte sie erst das Licht ausmachen.“

„Und dann?“

„Und dann? was sollte ich da weiter machen? Sie hatte ja schon die Tür abgeschlossen. Und nachher da war es ja auch ganz schön.“

„Wie sah sie denn aus?“

„Oh, die war ja schon alt. Aber sie war sehr gut zu mir. Das war schon mitten in der Nacht, da ist sie noch so, wie sie im Bett lag, im bloßen Hemd aufgestanden und hat mir noch Straikartoffeln gemacht. Weil ich den Tag doch nichts gegessen hatte. Ja, die war wirklich sehr gut zu mir. Bei der bin ich über drei Wochen geblieben. Da hatte ich es besser gehabt als wie zu Hause. Manchmal hat sie auf dem Sofa gelegen und ich habe immer im Bett geschlafen. Bloß, wenn sie einen Herrn mitbrachte, dann mußte ich solange nach draußen gehen.“

„Und wie alt warst Du damals?“

„Fünfzehn.“

„So alt wie Dein Bruder. Ob der wohl auch schon so was erlebt hat?“

„Darauf antwortete Willi nicht. Aber ich sagte nach einer Pause: „Na, der weiß sicher längst Bescheid. Der hat seine Unschuld sicher schon verloren.“ Ich wollte Willi zum Widerspruch reizen. Er sollte seinen Bruder verteidigen. Aber er schwieg.“

Und dann kam ein Sonntag und noch ein Sonntag und diese Sonntage. Und Willi sagte: „Das hätte ich nicht von meinem Bruder gedacht.“ Und dann kam der Tag, an dem Willi ausgehen durfte. Spät am Abend kam er erst wieder und als die anderen alle schliefen, sagte er leise zu mir herüber: „Weißt Du, weshalb mein Bruder nicht kommt? Der sitzt in Untersuchungshaft.“

Ziehst du den Hut vor einem gefangenen Freund? Oder fragst du zuerst ob er unschuldig ist? Dann bist du ein guter Geschäftsmann, aber kein Freund. Dann bist du ein tüchtiger Bürger, aber kein Freund. Dann

bist du ein ehrenwerter Hallunke. In der Not einen Freund verlassen, ist schlimm. Aber ihn in der Schande verlassen, das ist noch schlimmer.

Ich dachte an die kleine Hand, die aus der Dunkelheit in meine kam, die in der Dunkelheit nach meiner Hand suchte. Und ich lernte mit einemmal, daß das gar keine Frage ist: Schuld oder Unschuld? Recht oder Unrecht? Daß das gar keine Frage ist, ob einer schuldig oder unschuldig ist? Daß nur das Schicksal in uns so fragt. Alles Gute in uns kennt nur die Frage: Kann ich ihm helfen? und wie kann ich ihm helfen?

Er sitzt in Untersuchungshaft. Er hat gestohlen. Und Willi erzählt:

„Die sind in ein Lagerhaus eingebrochen. Mit vier Mann und er hat Schmiere gestanden. Sie haben schon mehr solche Sachen gemacht. Das sind zwei Brüder von siebzehn und achtzehn und einer der ist schon fünfundsiebzig. Kalla, das war der Jüngste, der sagte auf. Nun waren sie da schon ein paar Mal gewesen, und das hat die Polizei wohl gemerkt. Mit fünf Mann haben sie aufgelauret. Da konnte mein Bruder gerade noch pfeifen, daß die drei anderen austräfen sollten, aber ihn selber hatten sie fest.“

„Glaubst Du, daß er die anderen angibt? Niemals! Das kriegen die nie heraus. Und wenn er die doppelte Strafe kriegt. Einmal schon, als wir noch klein waren, da haben wir ein Feuer gemacht. Da hing der Stadtwald an zu brennen. Da hat der Lehrer ihn halb tot geschlagen. Aber er hat die anderen nicht verraten. Dreimal hat er ihn so geschlagen und beim letzten Male hat er dem Lehrer in die Hand gebissen. Aber herausgekriegt haben sie nichts. Und diesmal kriegen sie auch nichts heraus.“

Willi ist stolz auf seinen Bruder. Und weil er nicht weiß, was ich denke, sagt er: „Wer noch nie gehungert hat, der weiß nicht wie einer zum Stehlen kommt.“

„Aber hungert denn dein Bruder?“

„Nein, jetzt nicht. Aber er hat gehungert. Dadurch ist er soweit gekommen. Und meine Mutter.“

„Was ist mit Deiner Mutter?“

„Die hat auch schuld daran. Da haben sie alle schuld daran. Als ich Soldat wurde, war er der älteste. Unser Vater, der ist ja immer besoffen. Als ich da wegging, da war er noch klein. Und als ich auf Urlaub wiederkam, da sorgte er für die ganze Familie. Das war im Winter 1917. Das war, wo sie Stedrüben-Winter zu sagen. Da kam ich auf Urlaub.“

Glaubst Du, da hätten wir Stedrüben gegessen? Jeden Tag Straikartoffeln und Rudein. Da hat kein Mensch nach gefragt, woher das kam. Das kam alles von Kalla. Der brachte das mit. Da verging kein Tag, wo der nicht was mitbrachte. Da haben wir Kaninchen gegessen und Schmalz und Kartoffeln. Da hatten wir immer satt zu essen. Das war alles geklaut. Das wußten sie alle. Aber da hat keiner nach gefragt. Meine Mutter, die nahm das alles so an. Was sollte die auch machen? Wovon sollte die leben? Die paar Groschen Kriegsunterstützung und denn außer Kalla noch drei kleine Jungen.“

Er weiß nicht, weshalb ich schwiege, und weil er glaubt, ich schwiege aus Hochmut, sagt er nach einer schmerzlichen Pause: „Nun nimmst Du die Apfelsine wohl nicht mehr an?“ Und mit einem schadenfrohen Ton in der Stimme: „Die Apfelsine, die war auch gestohlen.“

Da muß ich wohl endlich etwas sagen und sage: „Lieber Willi, ob Dein Bruder oder ob Du oder ob irgend ein Mensch in der Welt gestohlen hat oder nicht, das ist mir völlig egal. Deshalb ist er in meinen Augen noch nicht für fünf Pfennig mehr oder weniger wert. Wir tun nur leid, daß er im Gefängnis sitzt.“

Willi glaubt mir. Er will mich verzeihen. Er sagt: „Früher, da glaubte ich selbst, im Gefängnis, das wären lauter schlechte Menschen. Aber wenn einer im Gefängnis sitzt, deswegen braucht er noch nicht schlecht zu sein.“

Das, was er sagen will, ist schwer zu sagen. Er sucht nach Worten und dann sagt er schließlich: „Menschen, die sind entweder gut oder schlecht und wenn einer ins Gefängnis kommt, und wenn einer stiehlt, davon wird er noch nicht schlechter, als er vorher gewesen ist. Der bleibt genau so gut ein Mensch, wie die anderen. Auf einmal wird ein Mensch nicht schlecht. Und dann sind es noch gar nicht mal immer die schlechten, die ins Gefängnis kommen. Woan einer Geld hat, der kommt so leicht noch nicht hinein, wenn er auch viel gemeiner ist und schlimmer als der schlimmste Verbrecher. Du kannst mir glauben oder nicht: Wenn mein Bruder auch gestohlen hat, der ist nicht schlechter als Du oder ich.“

Ich glaube ihm und er weiß, daß ich ihm glaube und wir sind verzeihen und wir sind drei Freunde: Er, Kalla und ich. Wer stiehlt, sagt ihr, der gehört ins Gefängnis? Nun gut — es ist mein Freund, der ins Gefängnis gehört.

(Fortsetzung folgt.)

